

Wahlprogramm

Politisch mitwirken für alle!

Ein Vorschlag und eine Einladung für die
Bürger:innen des Wahlkreises 218 München-
Ost

Simon Klopstock

Bundestagswahl 2021

Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort	3
1.1 Was ich erreichen möchte:.....	3
1.2 Warum parteilos?	4
1.3 Warum Ich?	4
2 Politisch mitwirken für alle	5
2.1 Bürger:innenräte	5
2.2 Wahlrecht	5
2.3 Zusammenleben zwischen alt und jung	5
3 Klimakatastrophe	6
3.1 Bekennung zum 1,5°C Ziel	6
3.2 Häuser.....	6
3.3 Schienenverkehr	7
3.4 Transparenz	7
4 Gerechtigkeit	7
4.1 Corona-Pandemie.....	7
4.2 Generationengerechtigkeit	8
4.3 Repräsentation	8
4.4 Migration und Diskriminierung	9
5 Bildungspolitik	9

1 Vorwort

Im Folgenden möchte ich mein Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis München Ost darlegen. Am Anfang stelle ich meine Kampagne in einer Kurzversion vor, um anschließend auf einzelne Bereiche genauer einzugehen. Da ich nur eine Person bin, aber vor allem eine breite Bewegung aus meinem Wahlkreis vertreten will, weise ich darauf hin, dass dieses Programm nicht alle Themen der Gesellschaft abdeckt und ich Sie, die Wähler:innen einlade, an dem Prozess meiner Kandidatur teilzuhaben. Sie können sich jederzeit mit Anliegen, bisher fehlenden Themen und auch Kritik an mich wenden. Das Programm ist somit noch nicht vollständig und wird weiterhin ergänzt.

1.1 Was ich erreichen möchte:

- Ich möchte allen Menschen in meinem Wahlkreis eine Chance zur politischen und gesellschaftlichen Mitgestaltung und Teilhabe geben, unabhängig des sozialen Status, Geschlechts, Alters, der Religion, der sexuellen Orientierung oder der Herkunft. Ich lade alle ein, an meinem Projekt teilzuhaben (Details siehe unten).
- Ich setze mich dafür ein, dass alle die Möglichkeiten und den Freiraum bekommen, ein selbstbestimmtes und soweit möglich gesundes Leben zu führen - unabhängig der vorherrschenden Lebenssituation. Hierfür ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein wichtiger Baustein, welches über aktuelle Renten, eine Mikrosteuer auf Finanztransaktionen und den Wegfall enormer Verwaltungskosten für aktuelle Sozialleistungen finanziert werden kann.¹
- Angebote zur Gesundheitsvorsorge (insbesondere zur vollwertigen Ernährung und Bewegung) können die Lebenssituation vieler Menschen in ihrem Rahmen verbessern. Diese sollten gefördert und auch schon in Bildungseinrichtungen behandelt werden. Passiert das nicht, wird die aktuelle Entwicklung der Krankheitskosten unseren Haushalt in den Bankrott führen. Eine konsequente Umsetzung könnte jedoch den Wegfall vieler unnötiger Zivilisationskrankheiten zur Folge haben und würde unserer Gesellschaft enorme Geldsummen sparen. Das gesparte Geld sollte in die Aufwertung sozialer Berufe investiert werden!
- Die Umweltkatastrophe muss nicht nur gebremst, sondern so weit wie möglich rückgängig gemacht werden, was sowohl mit einfachen als auch mit technisch

¹ Siehe u.a. Harald Welzer, *Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen*. Frankfurt/M.: Fischer 2019

aufwändigen Mitteln erreicht werden kann (z.B. Bäume pflanzen oder beschleunigte Verwitterung von Gesteinsschichten).²

- Die Landwirtschaft spielt in allen Bereichen eine Kernrolle. Landwirt:innen sollen geschmacklich und gesundheitlich hochwertige Lebensmittel herstellen können und dafür nicht nur ausreichend, sondern gut bezahlt und wertgeschätzt werden. Das bedarf einer Subventionsumverteilung in Richtung ökologischer Pflanzenvielfalt und der Einschränkung von Tierfutterflächen. Freiwerdende Flächen können als Wälder und Naturschutzgebiete aufgewertet werden, um die Auswirkungen der Klimakatastrophe vor Ort abzumildern (Dürrevermeidung, Hitzeregulierung, Niederschlagsregulierung, Erholung der Artenvielfalt).

1.2 Warum parteilos?

- Unser Wahlsystem bietet die Möglichkeit, mit der Erststimme für jeden Wahlkreis eine/n Bewerbende/n ohne Partei zu wählen, die/der dementsprechend - völlig unabhängig von Parteipolitik und deren Einfluss - die Wähler:innen und den Wahlkreis im Bundestag vertreten kann. Dieses Grundrecht möchte ich wiederbeleben! Es wurde seit Jahrzehnten nicht genutzt und die aktuell unbefriedigende Parteiensituation macht es relevanter denn je.
- Ich bin nur den Wähler:innen und meinem Gewissen verpflichtet und kann Politik mit und für die Menschen machen und nicht für ein Parteiprogramm oder Lobbyverbände. Denn es gibt mir die Möglichkeit, Interessen und Anliegen der Bürger:innen in diesem Wahlkreis direkter zu vertreten. Dadurch erhalten alle die Chance zu mehr Teilhabe und Mitwirkung. Außerdem bringt es ein Stück direkte Demokratie zurück in unser System.

1.3 Warum Ich?

- Ich komme aus der Mitte dieses Wahlkreises, habe Kontakte zu Personen aus verschiedensten sozialen Umfeldern und möchte allen eine Stimme geben, auch denen, die sich von der Politik bisher nicht gehört fühlen.
- Ich möchte den Bundestag jünger und vielfältiger gestalten und zeigen, dass ich als junger Mensch, der sich nicht in einer klassischen Berufssituation befindet, ein guter Volksvertreter sein kann. Unsere Gesellschaft ist enorm vielschichtig und sollte deshalb auch so vertreten werden. Nur 1,8 % der Abgeordneten sind unter 30 Jahre alt, aber 30% der Gesamtbevölkerung!
- Ich bin sozial und umweltpolitisch aktiv und möchte dieses Engagement im Bundestag hauptamtlich einbringen und mein Mandat nicht nur als Nebenbeschäftigung sehen.

² Paul Hawken, *Drawdown. The most comprehensive plan ever proposed to reverse global warming*. New York.: Penguin Books 2017

2 Politisch mitwirken für alle

2.1 Bürger:innenräte

Die Regierungen von Bund und Ländern sowie deren Parlamente sollen in wichtigen Fragen (Klimaschutz, Bildung, Mobilität etc.) von Bürger:innenräten beraten werden und weniger von Lobbyverbänden. Diese Räte sollen einen Querschnitt der Gesellschaft darstellen und Handlungsempfehlungen erarbeiten. Die Räte werden von unabhängigen Expert:innen geschult und haben deshalb ausreichend Kompetenz. Außerdem wird eine politische Teilhabe für einen großen Teil der Menschen wieder zugänglicher und ist unabhängig der sozioökonomischen Situation der Teilnehmenden. Das bekämpft Politikverdrossenheit und kann ein Mittel sein, um große Gesellschaftliche Gräben zum Beispiel zwischen rechts und linksorientierten Personen zu verkleinern.

Politik wird dadurch greifbarer und nachvollziehbarer, weshalb die Umsetzung von Maßnahmen durch die Bürger:innen besser getragen wird. Es gibt bereits aktuelle Beispiele aus Deutschland (<https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-buergerrat-ergebnisse-1.5332430>) und aus anderen Ländern. Außerdem gibt es auf kommunaler Ebene ebenfalls einige Initiativen, die die Bürger:innen vor Ort stärker einbinden.

2.2 Wahlrecht

Die Forderung nach einem veränderten Wahlrecht ist eine Frage der Gerechtigkeit. Demnach sollten kurzfristig Jugendliche ab 16 und längerfristig ab 14 Jahren an Wahlen teilnehmen dürfen. Dies hätte zur Folge, dass sich schon junge Menschen mit der Verantwortung für den Staat und die Gesellschaft konfrontiert sähen und sie außerdem eine Chance zur Teilhabe hätten, da sie am längsten mit den getroffenen Entscheidungen leben, auf die sie bisher keinen Einfluss haben. Um durchdachte und fundierte Entscheidungen zu ermöglichen (garantieren kann man sie nicht, aber dennoch für einen Großteil sehr wahrscheinlich machen), muss in der Schulbildung eine Form des Gesellschafts- und Nachhaltigkeitsunterrichts etabliert werden, in denen die Kinder und Jugendlichen über Staat, Gesellschaft und Nachhaltigkeit umfassend informiert werden.

2.3 Zusammenleben zwischen alt und jung

Verschiedene Formen des Zusammenlebens zwischen alten und jungen Menschen sollen gefördert werden. In Anbetracht der verschwindenden Zeitzeug:innen des Nationalsozialismus und der damit verbundenen zunehmenden Vernachlässigung dieses Erbes insbesondere in jüngeren Generationen soll eine Erinnerungs- und Geschichtskultur gefördert werden, die persönlich und greifbar ist. Diese Erinnerungskultur soll auch die weitere Geschichte seit 1945 mit einbeziehen. Durch den starken Anstieg von älteren und alten Menschen in diesem Land und des damit verbundenen Aufwandes einer altersgerechten Infrastruktur und Betreuung, werden Lösungen immer dringlicher. Es gibt bereits Modelle, in denen beispielsweise eine altersgemischte Hausgemeinschaft wunderbar funktioniert und allen Beteiligten Lebensqualität zurückgeben kann. In Verbindung mit einem ausreichend hohen BGE (Bedingungslosen Grundeinkommen) hätten auch genügend

Menschen den finanziellen und so auch zeitlichen Spielraum, für andere Menschen da zu sein.

3 Klimakatastrophe

3.1 Bekennung zum 1,5°C Ziel

Ich bekenne mich ausdrücklich zur Einhaltung des 1,5°C Ziels und beziehe es bei allen Maßnahmen, die ich fordere und umsetze, stets mit ein. Die aktuelle Politik bleibt weit hinter den Zielen und kann nicht glaubwürdig darlegen, dass sie sich wirklich für die Begrenzung des Anstiegs der mittleren Temperatur um nur 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau einsetzt. Um dieses Ziel aber dennoch zu erreichen, müssen Maßnahmen beschleunigt und auch vorhandene Schäden repariert werden. Das muss nichts Abstraktes bedeuten und kann in Europa, Deutschland, Bayern und auch in München-Ost begonnen werden. Deutschland hat ein Budget an CO₂-Äquivalenten, welches wir bis 2050 verbrauchen können. Das Ziel muss sein, dieses Budget deutlich zu unterbieten, damit mögliche Fehler von anderen ausgeglichen werden können und die junge Generation noch mehr Spielraum hat (siehe auch Punkt 3.2 zur Generationengerechtigkeit). Alle haben eine kollektive Verantwortung, aber **ausdrücklich die Bundespolitik** muss Rahmenbedingungen schaffen, um den Bürger:innen ein Verhalten zu ermöglichen, das mit dem 1,5°C Ziel konform ist und gleichzeitig ihre eigene und die Lebensqualität aller verbessern kann. Das ist kein Wunschdenken und kann durch Steuerungselemente, wie Subventionen auf sparsames und Besteuerung auf nicht sparsames Verhalten, gut erreicht werden. Sehr wichtig hierbei ist der soziale Ausgleich, denn Menschen mit geringem oder durchschnittlichem Verdienst haben generell schon immer einen kleineren ökologischen Fußabdruck, weshalb sie zusätzlich entlastet werden sollten. Insbesondere die, die es sich leisten können, sollten dafür stärker belastet werden. Das heißt nicht, dass sich Investitionen in klimafreundliche Technologien nicht lohnen sollen, im Gegenteil, auch diese Investitionen werden durch die Steuerelemente lukrativer und es kann viel Geld verdient werden.

3.2 Häuser

Ich setze mich für eine Verpflichtung zum Recycling von Häusern und Baumaterialien für Neubauprojekte ein. Diese Verpflichtung sollte durch Bundesmittel finanziell so unterstützt werden, dass sie im Wettbewerb mit neuen Materialien stehen kann und zeitgleich soll durch gesetzliche Rahmenbedingungen die Genehmigung von neuen Materialien erschwert und die Genehmigung für recycelte Materialien erleichtert werden.

Eine somit stark erhöhte Recyclingquote für Baustoffe entlastet die schon jetzt kaum mögliche Entsorgung, da Deponien überfüllt sind und außerdem den Rohstoffbedarf. So können sowohl international als auch hier vor Ort Ressourcen gespart werden. Ein aktuelles Beispiel ist der Forst Kasten im Südwesten von München, der durch konsequente Einsparungen von neuen Baustoffen (hier Kies) als Biotop für etliche Tier und Pflanzenarten und Erholung für den Menschen erhalten bleiben könnte.

Schon heute ist eine Recyclingquote für Baustoffe von weit über 90% möglich

(siehe <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/abriss-bauschutt-nachhaltig-bauen-1.5316468>). **Einzig der politische Wille zur Umsetzung fehlt.**

3.3 Schienenverkehr

Die Deutsche Bahn muss massiv in den Ausbau von Personen und Güterverbindungen investieren, um die steigende Nachfrage sowie deren klimafreundliche Umsetzung zu gewährleisten. Zur Unterstützung der Finanzierung sollen Kurzstreckenflüge bis ca. 700km (egal ob In- oder Ausland) mit einer Sondersteuer belangt werden und die Einnahmen daraus dem Bahnausbau zufließen. Dadurch werden Bahnstrecken attraktiver und können sogenannte Zubringerflüge für die Langstreckenflüge Stück für Stück ersetzen. Generell muss Kerosin stärker besteuert werden, um Flüge insgesamt finanziell umweltgerechter zu gestalten und gleichzeitig die Effizienzsteigerung bei den noch genutzten Flugzeugen zu beschleunigen.

Als Sofortmaßnahme müssen alle nicht elektrifizierten Schienenstrecken bis Ende 2022 elektrifiziert werden. Die Infrastruktur dafür ist vorhanden und die Notwendigkeit in Bezug auf den Klimaschutz ist gegeben. Die Kosten sind als Investitionen in eine nachhaltige Zukunft zu sehen und damit mit zukünftigen Renditen verbunden.

3.4 Transparenz

Die Maßnahmen zum Klimaschutz müssen für die Bevölkerung transparent gestaltet werden. Konkret sollten Fortschritte und auch Rückschritte für die Bürger:innen einsehbar sein. Im Moment gibt es nur intransparente Zielvorgaben der Regierung und es ist nicht ganz klar, mit welchem Budget von CO₂ Äquivalenten für Deutschland gerechnet wird. Das muss offengelegt und für die Bevölkerung nachvollziehbar bereitgestellt werden. Auch für konkrete Maßnahmen könnte das gelten. Zum Beispiel für die Bestückung von Dächern mit Dachbegrünung oder Photovoltaikanlagen in einzelnen Städten und Gemeinden. Die Bürger:innen sollten einsehen können, wie viele Dächer geeignet wären und wie viele davon schon ausgestattet wurden.

4 Gerechtigkeit

4.1 Corona-Pandemie

Ich unterstütze ausdrücklich den Vorstoß, die Kosten, die dem Staat durch die Coronapandemie entstehen, durch eine einmalige Vermögensabgabe zu refinanzieren. Diese Abgabe würde nur die vermögendsten 0,7% der Deutschen betreffen, könnte aber -je nach Ausgestaltung- sogar etwas mehr als die bisher angefallenen und geplanten Kosten der Pandemie für den Staat in die Staatskassen spülen. Bisher wurden geplant und sind ausgegeben worden ca. 450 Milliarden Euro Netto-Neuverschuldung. Mit der Vermögensabgabe wären bis zu 500 Milliarden Euro Einnahmen möglich. Um eine stärkere Akzeptanz und Sinnhaftigkeit der Abgabe zu fördern, schlage ich vor, die genannte Summe nur für klimafreundliche Maßnahmen, Digitalisierung und Bildung ausgeben zu dürfen. So würde das Geld zweckgebunden werden und die Menschen, die die Abgabe bezahlen, würden durch diese Zukunftsinvestitionen ebenfalls stark profitieren. Ich möchte nochmal klarstellen, dass diese Abgabe mehr als 99% der Bevölkerung nicht zahlen müssen und es eine minimale solidarische Hilfe der Reichsten für die Ärmeren darstellt. Des Weiteren möchte ich auch klarstellen, dass durch die Abgabe -in der genannten Form mit Zahlungszeitraum von 20 Jahren- keine Vermögensreduktion stattfinden würde, sondern

höchstens ein etwas langsames Vermögenswachstum entsteht. Die Belastungen fallen in einem Rahmen aus, der durch die vorhandene Rendite auf Vermögenswerte definitiv ausgeglichen wird.

Für tiefergehenden Informationen die Berechnungen des DIW.

(https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.801975.de/diwkompakt_2020-157.pdf Letzter Zugriff am 28.05.2021)

4.2 Generationengerechtigkeit

Das am 29.04.2021 gesprochene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz hat gezeigt, dass die Politik sich stärker für die Generationengerechtigkeit in Bezug auf den Klimaschutz einsetzen muss. Das war nicht nur ein Meilenstein, sondern hat auch den Anstoß gegeben, auf die allgemein vorherrschende Ungerechtigkeit zwischen den Positionen der älteren und der jüngeren Generation genauer zu blicken. Diese Ungerechtigkeit erkennt man besonders im Bereich des Budgets für CO₂-Äquivalente, aber eben zum Beispiel auch im Bereich der Corona-, Finanz-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik. In all den genannten Bereichen wird zu wenig Geld investiert und somit keine Verbesserung erreicht. Schlimmer noch, es wird sogar nicht mal der Status Quo erhalten, sondern die vorhandene Substanz wird verzehrt. Klassische Beispiele sind der Zustand von Schulen, die enormen Belastungen für junge Eltern in der Coronazeit, oder die maroden Zustände im Schienennetz. All das führt dazu, dass die aktuell jungen und weitere zukünftige Generationen massive Aufgaben und Probleme haben werden, um überhaupt ein lebensfreundliches Umfeld zu schaffen. Viele dieser Ungerechtigkeiten werden mit der sogenannten „schwarzen Null“ gerechtfertigt, die angeblich dafür sorgen soll, dass der Finanzhaushalt in Zukunft gesichert ist. Hierbei wird völlig außer Acht gelassen, dass sich sinnvolle Investitionen langfristig finanziell lohnen. Die Politik muss also mehr öffentliches Geld investieren, um eine zukunftsfähige Gesellschaft zu unterstützen. Dieses Geld könnte entweder als Schulden aufgenommen werden oder in Form von Steuern und Abgaben in die Staatskasse fließen (so würde man an der „schwarzen Null“ festhalten können), was allerdings sehr unbeliebt ist. Langfristig glaube ich, dass man nicht um erhöhte Abgaben - zum Beispiel für klimaschädliches Verhalten - herumkommt und der Staat wieder mehr Bereiche der Grundversorgung selbst übernehmen muss, um auch so sein finanzielles Gerüst zu stabilisieren. Sei es im Bereich der Wohnungen, Schienen, Wasser oder des Stroms.

4.3 Repräsentation

Wie ich schon am Anfang des Wahlprogramms kurz erwähnt habe, möchte ich auch eine Repräsentation für weniger bedachte und benachteiligte Gruppen sein. Beispielsweise werden Mitglieder der LGBTQ+ Gemeinschaft (also Menschen, die sich zum Beispiel nicht den binären Geschlechtern zuordnen und/oder nicht ausschließlich heterosexuell sind) immer noch diskriminiert. Zwar haben sich viele Rechte verbessert, aber es gibt trotzdem noch ungewollte Geschlechtsteiladjustierungen und gesellschaftlichen Druck, sich in das binäre, heterosexuelle Schema einzuordnen. Ich halte auch hier Information und Aufklärung für ein entscheidendes Mittel, um gegen Diskriminierung zu arbeiten. So sollten Kampagnen, Kindergarten- und Schulunterricht gefördert werden, die diese Themen aufgreifen (im Kindergarten sollen insbesondere die Erzieher:innen geschult werden, wie sie damit umgehen, wenn Kinder das Thema aufbringen, ab der Grundschule soll es in den normalen Sexualkundeunterricht eingebaut werden). Dies soll einerseits alle binären, heterosexuellen

Menschen zur Beschäftigung mit den Themen und Akzeptanz bringen und gleichzeitig von Diskriminierung oder Ängsten betroffenen Menschen helfen, sich offen und angstfrei in der Gesellschaft bewegen zu können. Im Bundestag würde ich ausdrücklich Gesetze unterstützen, die eine bessere Situation für betroffene Menschen bedeuten würden, insbesondere ein Verbot von frühkindlichen Operationen aufgrund von nicht eindeutigen Geschlechtsteilen. Dies wäre auch ein Punkt in einem weiteren größeren Gebiet, der Rechte von Kindern.

4.4 Migration und Diskriminierung

Zum Thema Migration und Flüchtlinge gibt es aus meiner Sicht eigentlich nur wenig zu sagen. Alle Menschen sollten das Recht genießen, sich überall auf dieser Welt aufhalten und niederlassen zu können. Das gilt unabhängig von Herkunft, Religion, Sexualität oder sonstiger Beschreibungen, die man als Einschränkung anführen könnte. Demnach unterstütze ich alle Bemühungen, die für dieses Recht eintreten und stimme gegen Bemühungen, die dieses Recht einschränken wollen.

Gleichzeitig ist zu sagen, dass viele Menschen ihre aktuelle Heimat gar nicht verlassen wollen und wir uns deshalb dafür einsetzen müssen, dass auf möglichst viel Fläche dieser Erde ein Leben in Frieden und Würde für alle möglich ist. Das bedeutet, dass wir uns insbesondere gegen Kriege, politische und gesellschaftliche Verfolgung und die Klimakatastrophe stemmen müssen, um diese Bedingungen herzustellen und zu erhalten. Solange diese Bedingungen nicht überall gegeben sind, müssen wir dafür Sorge tragen, dass dort, wo es diese Bedingungen schon gibt, genug Platz für alle geschaffen wird.

Wenn wir gleichzeitig gegen Rassismus, Sexismus, religiöse Diskriminierung und Diskriminierung im Allgemeinen kämpfen, schaffen wir eine gute Grundlage für Verständigung zwischen Kulturen und internationale Zusammenarbeit, die wir so dringend brauchen, um die Herausforderung auf dieser Welt lösen zu können.

5 Bildungspolitik

Diese liegt zwar im Bereich der Landesparlamente, aber trotzdem habe ich aufgrund meiner Arbeit und Erfahrungen eine Position dazu. Generell sollte Bildung sehr viel breiter gedacht werden und die Kinder und Jugendlichen auf die Gesellschaft und die ungelösten Probleme unserer Zeit vorbereiten. Dafür braucht es neue Fächer wie Gesellschaftslehre, Politikunterricht und eine Bildung in Nachhaltigkeit. Nur so können wir eine stabile und nachhaltige Gesellschaft auf Dauer gewährleisten. Wenn es weiterhin eine Aufteilung auf Gymnasium und andere Schularten geben soll, darf diese Aufteilung erst nach der 6. Klasse geschehen. Die Teilung nach der 4. Klasse ist entwicklungspädagogisch zu früh und bringt für Schüler:innen, deren Eltern und Lehrer:innen enormen Druck in das System. Um noch mehr Druck herauszunehmen, muss ein späterer Wechsel zwischen den Schulen stark vereinfacht werden. Der Bund soll entsprechende Angebote in den Ländern fördern und sich außerdem für eine Förderung von Montessorischulen einsetzen, da diese bereits jetzt viele der oben genannten Themen erfüllen, aber sehr hohe bürokratische Hürden überwinden müssen.